

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Telegr.-Adress: Elbgaupresse Blasewitz

Herausgeber: Amt Dresden Nr. 21207

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobrig, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Kochwitz, Bählaus, die Köhligsgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Dreyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 9.—, ausschließlich Bestellgeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 9.—, monatlich 3.—;
bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 8 40, monatlich 2 80.

Blasewitz
Sonnabend, 29. Mai 1920.

Anzeigen-Preis: die 6 gespaltene Grundzeile oder deren Raum
1.— Mark, im Textteile die Zeile 2 50 Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Zuschlag.
Anzeigen-Nachnahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Die Regierung über die Putschgerüchte.

Ueber die allgemeine politische Lage machte der preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Weismann, vor Vertretern der Presse in Berlin die folgenden Ausführungen:

Der Staatskommissar hält die Befürchtungen eines Rechts- oder Linksputsches für stark übertrieben. Die unabhängigen Sozialdemokraten denken nicht daran, einen Gewaltstreich zu versuchen, um so weniger, da sie viel von den kommenden Wahlen erhoffen. Ebenso verwerfen die Führer der kommunistischen Partei jede Gewalttat. Die Kommunisten zeigen durch die Ausschließung von Kandidatenlisten für die Reichstagswahl, daß sie sich nunmehr auch offiziell auf den Boden der Verfassung stellen wollen. Lediglich die kommunistische Arbeiterpartei, die jedoch nur über eine nicht sehr zahlreiche Anhängerzahl verfügt, vertritt die Ansicht, unter Anwendung aller nur möglichen Mittel die Diktatur des Professorens durchzusetzen. Der Staatskommissar ist jedoch überzeugt, daß alle von dieser Partei ausgehenden Bewegungen leicht zu unterdrücken sind. Die Gefahr derartiger Bestrebungen aber liegt darin, daß jeder Gewalttat notwendigerweise eine Aktion der Gegenpartei auslösen würde und dadurch eine Gefährdung der Sicherheit und Ordnung im ganzen Lande herbeiführen könnte. Auch in Hinsicht auf die äußere Politik wäre es höchst verwerflich, wenn derartige Bestrebungen irgend einen Anklang fänden. Eine Gefahr liegt darin, daß wie im Falle des Räteputsches in Bayern und des Sangerhauser Bankraubes Verbrechen unter dem Deckmantel linksradikaler Parteien täten begangen, die geeignet sind, die schon vorhandene Nervosität bedrohlich zu steigern.

Zusammenfassend ist der Staatskommissar der Überzeugung, daß ein planmäßig organisierter Aufstand der Kommunisten und Linksradikalen nur in den Köpfen derjenigen Leute besteht, die ein Interesse daran haben, durch eine Gegenaktion ihrerseits die Weisheit an zu zeigen.

Auch die Gefahren, die von rechts drohen sollen, ersehen dem Staatskommissar teilweise stark aufgebauht. Es ist Tatsache, daß in weiten Kreisen der Gutbesitzer der feste Glaube an einen kommunistischen Aufstand besteht, und daß viele dieser Leute, ohne an reaktionäre Aktionen zu denken, nur deshalb Waffen behalten und ehemalige Soldaten als Handarbeiter und Diener angestellt haben. Die Gefährlichkeit von der rechten Seite scheint dem Staatskommissar vielmehr in der Art zu liegen, wie Freikorps und militärische Organisationen aufgelöst werden. Daß die Sorge um ihre Zukunft die entlassenen Mannschaften Aufhebungen und Putschereien leicht zugänglich macht, ist selbstverständlich. Es ist zwar anzuerkennen, daß die Rechtsparteien grundsätzlich vom Unkraut abgeräumt sind, wenn aber diese Absagen nicht deutlich genug zum Ausdruck gebracht werden, so kommt es hier zu denselben Zuständen wie in den linksradikalen Kreisen, wo die Führer jeden Putsch ablehnen, aber unverantwortliche Elemente die unklare Haltung der Partei für ihre Zwecke mißbrauchen. Zudem erfolgt die Auflösung nicht mit genügender Schärfe und Sicherheit nach Ansicht des Staatskommissars. Vor einigen Tagen ist ein in Westfalen aufgelöstes Artilleriekorps bewaffnet in Berlin angekommen, geschossen zum Zeitlich Bahnhof gezogen und nach Steintin befördert. Erst dort wurden die Mannschaften von der Sicherheitspolizei entwaffnet. Um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu vermeiden, hat sich der Staatskommissar an den Reichswehrminister gewandt, und auf die Kommandierung hingewiesen, auf den Berliner Bahnhöfen militärische Sicherheitsmaßnahmen zur Entwaffnung entlassener Wehrangehöriger zu treffen, sobald diesen die Waffen nicht schon bei der Entlassung abgenommen worden sind. Die größte Gefahr steht dem Staatskommissar darin, daß die großen Mengen von Menschen, die bei einem Fortbewegen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise entlassen werden müßten, in der Meinung, nur für ihre wirtschaftliche Existenz zu kämpfen, auf der Straße Verheerungen von allen Seiten leicht zugänglich sind.

Im allgemeinen glaubt der Staatskommissar, daß durch unkontrollierte Gerüchte die bestehende Nervosität in Stadt und Land nur gefährlich gesteigert wird, und daß dadurch die Gefahr von Unruhen, die er nicht als akut bezeichnen kann, bedrohlich verstärkt wird.

Politische Nachrichten.

Nachmal eine Berichtigung der Spaer Konferenz?

Kopenhagen, 27. Mai. Der „Secolo“ vernimmt aus Rom, daß Ritti in der Mittwoch-Sitzung des Ministerrates bei Verhandlung der Frage der Einberufung der Konferenz von Spa erklärt habe, daß er für die Berichtigung der Konferenz auf den Monat Juli sei. Er glaube, daß die Alliierten sich seinem Wunsch anschließen würden.

Die Abstimmungen Anfang August.

Nach dem der Berliner Entente-Kommission zugegangenen Bericht sind die Vorbereitungen für die Abstimmung in den Abstimmungsgebieten ununterbrochen aufzunehmen, so daß mit den Abstimmungen mit Anfang August begonnen werden kann.

Der internationale Lebensmittelmarkt.

Kopenhagen, 27. Mai. „Politiken“ meldet aus Paris: Anlässlich der großen Geschäftsstille auf dem Lebensmittelmarkt in Amerika hat der „Excelsior“ bei bekannten französischen Finanzleuten eine Umfrage veranstaltet. George

Levon erklärte, in der ganzen Welt seien größere Vorräte an Lebensmitteln vorhanden, als irgend jemand ahne. Die Stunde sei nahe, in der diese auf den Markt geworfen werden würden. Die Geschäfte auf dem Lebensmittelmarkt beweisen, daß man jetzt auf dem Punkt angelangt sei, in dem die wirtschaftlichen Verluste, die durch Spekulation verliert waren, wieder in normale Bahnen kämen. Die Zeit sei gekommen, wo die Preise wieder normaler würden.

Kein Nachlassen der Lebensmittelpreise.

Der „Beross“ meldet aus Kopenhagen: Der Bericht des Lebensmittelkontrollors am Staatsdepartement stellt kein Nachlassen der hohen Lebensmittelpreise für den Winter in Aussicht. Die bisherigen Abschlüsse mit den Produzenten für Weizen und Vieh müßten infolge der gestiegenen Löhne mit 24 bis 30 Prozent höheren Einkaufspreisen abgeschlossen werden als im Vorjahre.

Gardiner über die Lage in Deutschland.

Gardiner schreibt in den „Daily News“ über die Lage Deutschlands u. a.: Augenblicklich geht der Krieg noch weiter. Das deutsche Volk lebt und stirbt noch immer bei halben Rationen von oftmals underschiedlichen Nahrungsmitteln. Es ist noch immer vom freien und gleichen Verkehr mit der Welt abgeschnitten. Diese hoffnungslose Lage darf nicht fort-dauern. Wenn Spa eine neue Aera eröffnen soll, muß ver-handelt und nicht diktiert werden. Wenn die Konferenz von Spa den Prozeß der inneren Auflösung Deutschlands nicht ein Ende setzt, wird Deutschland ein Körper werden, der die ganze Welt vergiftet. Wenn wir Deutschland zerstören, werden wir nichts erhalten. Wenn wir ihm helfen, so kann es arbeiten und bezahlen. Gardiner fordert, daß der Geist des Krieges der Deutschland gegenüber immer noch vorherrscht, endlich dem Geiste des Friedens Platz mache. Am Schluß des Aufsatzes verläßt Gardiner für Deutschland Lebensmittelmittel und Nothilfe, Aushilfe einer beschränkten Entschädigungsmasse und einige Erleichterungen in Bezug auf die Schiffahrt.

Um die deutsch-dänische Grenze.

Kopenhagen, 27. Mai. Einem Telegramm des „Beross“ zufolge hat die Vorkonferenz gestern vormittag die Beratungen über die schlesische Frage abgeschlossen. Es steht nun fest, daß die Grenzlinie mit einer unbedeutenden Veränderung die ursprüngliche Südgrenze Dänemarks bilden und die zweite Zone an Deutschland zurückgeben wird. Die Frage der Internationalisierung ist bei den Besprechungen der Vorkonferenz gar nicht in Erwägung gezogen worden.

Scheidemann — Oberbürgermeister von Groß-Berlin?

Die Deutsche Parlaments-Korrespondenz berichtet, daß zum Oberbürgermeister der künftigen Stadtgemeinde Groß-Berlin u. a. der Führer der Mehrheitssozialdemokratie Scheidemann, der gegenwärtig in Kassel an der Spitze der Stadtverwaltung steht, in Aussicht genommen sei. Seine Wahl soll auch bei den unabhängigen Unternehmern finden. Daneben wird noch Oberbürgermeister Vermuth und Staatssekretär Dr. Freund, der Schöpfer des Groß-Berliner Gesetzes, empfohlen.

Beworhender Putsch in Bayern.

Die verschiedenen Blätter aus München berichten, seien die sozialistischen und kommunistischen Umsturzparteien dort im Begriff, den großen Schlag mit Hilfe der Roten Armee zu vollziehen und die Räterepublik durchzuführen.

Vollzugsbedingungen in Preußen.

Breslau, 27. Mai. Wie die Schlesische Volkszeitung aus Preußen meldet, kam es dort zu größeren Kundgebungen der Bevölkerung, die über das schroffe Auftreten der französischen Besatzung sehr erregt ist. Die Menge verlangte, daß zwei Mädchen, die mit einem französischen Offizier in einem Kaffee saßen, herauskommen. Ein Polizeibeamter machte den Offizier aufmerksam der sich daraufhin entfernte. Die Mädchen wurden beim Verlassen des Kaffees von der Menge umringelt. Die Sicherheitspolizei nahm sie in Schutzhaft, um sie vor Täuschlichkeiten zu schützen. Als der unter der Menge befindliche Redakteur Nadrian von der polnische Interessen vertretenden Oberbischöflichen Grenzzeitung hebräische Reden hielt, wandte sich die Menge gegen ihn. Er floh in ein Haus und rief, als die Menge nachrückte, aus einem Fenster um Hilfe. Die Sicherheitsbeamten säuberten das Haus und nahm Adrian gegen die Menge in Schutz.

Die Polen bei Wink geschlossen?

Aus Wien wird unterm gestrigen Datum gemeldet: Vier einlaufende Meldungen aus Prag und anderen Orten der Tschechoslowakei berichten übereinstimmend, daß die polnische Wehrtruppe im Räume von Wink vernichtet geschlossen sei. Die Eroberung von Wink durch die Sowjet-truppen sei nur eine Frage von Stunden und könne unter Umständen schon jetzt erfolgt sein. Die Meldung der Polen, daß Wien noch nicht wieder in den Händen der Bolschewisten sei, wird durch Funkpruch aus Moskau als „freie polnische Lage“ bezeichnet. Auch im Räume von Wilna wird schwer gekämpft. Über den Bezirk Wilna ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Polen sind auch hier in bedrückter Lage. — Die T. U. meldet: Im hiesigen Gebiet ist der offene Bürgerkrieg ausgebrochen. Seit gestern früh tobt in der Gegend von Karwin ein Feuergefecht. Nach einem Ueberfall auf eine tschechische Gendarmereibattalion im Walde von Dombrau besetzte die Polen die Schutzburgen des Johannes-schloßes, eine Stellung, die sie bis jetzt noch innehaben. Auf beiden Seiten sind die Verluste an Toten und Verwundeten groß. Es werden fortgesetzt neue Opfer gemeldet. Die tschechischen Arbeiter in Polnisch-Odrau eilten ihren Kameraden in Karwin zu Hilfe, so daß mit einer weiteren Ausdehnung der Kämpfe gerechnet werden muß.

Masaryk wiedergewählt.

Prag, 27. Mai. In gemeinsamer feierlicher Sitzung der beiden Kammern der Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik wurden heute die Wahl des Präsidenten der Republik vorgenommen. Es wurden insgesamt 411 gültige Stimmzettel abgegeben, von denen 24 auf Dr. Masaryk fielen. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren hatten keine Stimmzettel abgegeben. Dr. Masaryk ist somit gewählt.

Friedensverhandlungen zwischen Lettland und Sowjetrußland.

Kopenhagen, 27. Mai. Das hiesige lettische Presse-bureau meldet: Bei den Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung in Moskau wurde eine Einigung über die Grenzfrage mit Ausnahme weniger technischer Einzelheiten erzielt. Lettland wird in Zukunft das ganze ethnographische lettische Gebiet umfassen, das 64 000 bis 70 000 Quadratkilometer groß ist.

Französisch-belgisches Bündnis.

Wie der Pariser Berichtsjahr des „Daily Telegraph“ meldet, werden Verhandlungen zwischen Frankreich und Belgien über ein militärisches Bündnis geführt.

Spa droht mit seinem Rücktritt.

Nach einer Meldung aus Paris ist Marshall Spa zur Teilnahme an der Konferenz in Spa eingeladen worden. Es verlautet, daß Spa seinen Rücktritt angeboten hat für den Fall, daß die militärischen Sicherheitsbestimmungen des Versailles Vertrages fallen gelassen werden sollen.

Französische Gewaltpolitik.

Wie die „Frankf. Ztg.“ aus Saarbrücken mitteilt, hatte die Stadtverwaltung eine Konferenz mit den saarländischen Landräten einberufen, um gemeinsam die Richtlinien für die Auffstellung der Liste der Stimmberechtigten aufzustellen, die nach 15 Jahren über das politische Schicksal des Saargebietes entscheiden sollen. Der Regierungskommissar verbot die Besprechung.

Unruhen in Italien.

Rom, 27. Mai. Die „Corriere della Sera“ meldet, daß die Wahrung in Triest an. Es kam zu weiteren Aufhebungen und Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei; einer der ersteren wurde getötet. In Cividale wurden ein Hauptmann der Sicherheitspolizei und ein Demonstrant verwundet. Am Mittwoch konnte in Udine nur ein Zug militärischer Bedeckung abfahren. Der internationale Verkehr ist unterbrochen. Auf den großen Bahnhöfen lagern gewaltige Mengen von Lebensmitteln, während sich in großen Städten bereits das Aehlen von Mehl und anderen Lebensmitteln fühlbar macht.

Türkische Offiziere vor das Kriegsgericht geladen.

Der Berichtsjahr der „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß ein türkischer General, fünf Obersten und sechs ehemalige Abgeordnete die Aufforderung erhalten haben, binnen 30 Tagen vor dem Kriegsgericht zu erscheinen. Sie werden der Rebellion und des Betrugs im Zusammenhang mit der nationalen Bewegung beschuldigt. Wahrscheinlich werden sie der Verladung keine Folge leisten.

Weitere Unruhen in Irland.

London, 27. Mai. (Heuter.) Vier eingetroffene Telegramme aus Irland verzeichnen weitere zahlreiche Verbrechen, besonders das Niederbrennen von Gerichtsgebäuden, Kücheneinrichtungen und anderen Regierungsgebäuden sowie von privaten Wohnhäusern. Die Postarbeiter von Dublin sind wieder in den Auslands getreten. — Das Neuterische Bureau meldet amtl. In Irland sind seit Oftern 400 Polizeistationen verbrannt und 150 Einkommensteuerämter überfallen worden.

Bolschewistischer Vortritt in Vorderasien.

„Newspaper“ meldet aus Washington: Das Staatsdepartement gibt bekannt: Nach einem Bericht des Oberkommissars der Alliierten, Astel, beherrschen die Bolschewisten Alexandropol; die Armenier halten die Städte Kaidat und Karakliß besetzt. Die auswärtigen Missionen befinden sich noch in Etilis. Fünf Amerikaner wurden von den Bolschewisten in Moskau ins Gefängnis geworfen, andere Amerikaner wurden verhaftet.

Sächsische Nachrichten.

Mitteilungen aus unserem Referenzgebiet über örtliche Vorkommnisse sind uns stets willkommen und werden honoriert.

* Wegen die Politisierung der Staatsämter hatte sich, wie gemeldet, lechthin der Bund sächsischer Staatsbeamter gewendet. Zu diesen auch von uns wieder-gegebenen Auslassungen nimmt jetzt die mehrheitssozialistische „Dresdner Volkszeitung“ wie folgt Stellung: „Es kann keine Rede davon sein, daß die Beamten es als eine Verabwürgung ansehen müßten, unter einem Vorgesetzten zu arbeiten, der ihrer Funktion nicht entsprochen ist, nachdem die höchsten Beamten im Staate schon länger als ein Jahr mit Winkern gearbeitet haben, die auch die übliche Beamtenkarriere nicht durchlaufen haben. Zu wünschen bleibt allerdings, daß ein gewisses Einverständnis mit den Staatsbeamten erreicht werden könnte. Für die Regierung muß der dringend geltend gemachte Wunsch der Bevölkerung nach zuverlässigen Standpunkten für die Republik höher stehen als der Prozeß der Beamten. Diese dürften überdies keineswegs geschlossen bestehen. Die Kampfanlage ist wohl nur das Werk einzelner leitender Personen. Wir wissen, daß zahlreiche Staatsbeamte es nur begehren würden, wenn auf die geplante Weise repräsentative Pfeiler in der Beamtenhaft errichtet würden. Im übrigen können wir uns der schärfsten Erwartung hingeben.“